



Berichterstattung Parlamentarische Vorstösse, Planungserklärungen und Auflagen 2025

Staatskanzlei STA

Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat zum Stand der Umsetzung überwiesener Motionen und Postulate, Planungserklärungen sowie Auflagen

Datum RR-Sitzung:	7. Januar 2026
Geschäftsnummer:	2025.STA.707
Direktion:	Staatskanzlei
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung3

2. Motionen und Postulate mit Antrag auf Abschreibung3

3. Motionen und Postulate mit Antrag auf Fristverlängerung3

4. Stand der Bearbeitung überwiesener Motionen und Postulate ohne Anträge4

5. Planungserklärungen5

6. Auflagen Kreditgeschäfte7

1. Einleitung

Mit dem vorliegenden Dokument erstattet der Regierungsrat dem Grossen Rat Bericht zu parlamentarischen Vorstössen gemäss Art. 70 des Gesetzes über den Grossen Rat (Grossratsgesetz, GRG; BSG 151.21). Der Bearbeitungsstand sämtlicher überwiesener Motionen und Postulate per Stichtag 31. Dezember 2025 wird aufgezeigt. Gleichzeitig beantragt der Regierungsrat allfällige Fristverlängerungen und Abschreibungen zu parlamentarischen Vorstössen dem Parlament zur Beschlussfassung (Art. 70 Abs. 1 und Abs. 3 GRG). Weiter erstattet der Regierungsrat Bericht zum Stand der Umsetzung von Planungserklärungen (Art. 53 GRG) sowie zu den Auflagen bei Kreditgeschäften.

2. Motionen und Postulate mit Antrag auf Abschreibung

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, zu welchen ein Antrag auf Abschreibung gestellt wird. Vor dem Hintergrund des Bearbeitungsstands wird der Antrag auf Abschreibung begründet

STAATSKANZLEI (STA)				
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Abschreibung
056-2023 M	von Arx (Spiegel b. Bern, GLP) vom 14.03.2023 Politische Partizipation von Jugendlichen stärken, Teil 1 – Schaffung eines offiziellen kantonalen Jugendparlaments	04.09.2023	31.12.2025	Ende April 2025 verabschiedete der Regierungsrat eine Änderung der Verordnung über die Information und die Medienförderung (IMV), mit der das Jugendparlament als unterstützungswürdige Organisation anerkannt wird. Mittlerweile konnte eine Leistungsvereinbarung zwischen der Staatskanzlei und dem Jugendparlament abgeschlossen werden.
143-2023 M	Marti (Bern, SP) vom 14.06.2023 Die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen zeigt: Betroffene benötigen weitergehende Unterstützung	04.06.2024 Annahme als Postulat	31.12.2026	Der Prüfauftrag des Grossen Rates, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, wurde erfüllt. Die Staatskanzlei hat mehrere Runde Tische mit betroffenen Akteuren durchgeführt. Dabei konnten Optimierungen angestossen und z.T. auch bereits umgesetzt werden. Weitergehende Massnahmen – etwa eine grosse Informationskampagne – wurden von den Fachpersonen als nicht zielführend erachtet und deshalb auch nicht initiiert. Der Regierungsrat genehmigte den entsprechenden Prüfbericht an seiner Sitzung vom 12. November 2025.

3. Motionen und Postulate mit Antrag auf Fristverlängerung

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, deren Bearbeitungsfrist abläuft oder abgelaufen ist (vgl. Spalte «Frist Vollzug») und zu welchen ein Antrag auf Fristverlängerung gestellt wird. Vor dem Hintergrund des Bearbeitungsstands wird der Antrag auf Fristverlängerung begründet (F1: Antrag auf Fristverlängerung um 1 Jahr / F2: Antrag auf Fristverlängerung um 2 Jahre).

STAATSKANZLEI (STA)					
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Fristverlängerung	Antrag F1 / F2

4. Stand der Bearbeitung überwiesener Motionen und Postulate ohne Anträge

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, zu welchen kein Antrag gestellt wird. Es wird über den Bearbeitungsstand informiert.

STAATSKANZLEI (STA)				
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Abschreibung
114-2023 M	SP-JUSO (Riesen, La Neuveville) vom 05.06.2023 Gegen sexuelle Belästigung vorgehen	04.03.2024 Annahme als Postulat	31.12.2026	Die Prüfung ist in Gang. Mit dem Beitritt des Kantons Bern zur Trägerschaft von KMU konkret+, einem Angebot zur Unterstützung von KMU bei der Prävention und der Intervention zu sexueller Belästigung am Arbeitsplatz, konnte das Anliegen bereits in Teilbereichen umgesetzt werden.
255-2023 M	Said (Biel/Bienne, SP) vom 06.12.2023 Bessere Lesbarkeit von Teilergebnissen bei der Auszählung von Stimmzetteln für kantonale und eidgenössische Wahlen	04.06.2024 Annahme als Postulat	31.12.2026	Die entsprechenden Prüfungen wurden initiiert.
256-2023 M	SP-JUSO (Dunning, Biel/Bienne) vom 06.12.2023 Gemeindeautonomie für politische Rechte!	03.09.2024	31.12.2026	Eine entsprechende Vorlage zur Änderung der Kantonsverfassung sowie des Gemeindegesetzes wurde Ende Oktober 2025 in ein Vernehmlassungsverfahren geschickt.
096-2024 M	GPK (Fuhrer-Wyss, Burgistein) vom 02.05.2024 Protokollierung im Regierungsrat	03.03.2025	31.12.2027	Die Erarbeitung einer entsprechenden Vorlage wurde initiiert.
137-2024 M	Zbinden (Mittelhäusern, SVP) vom 06.06.2024 Abbau der Regulierungsdichte im Kanton Bern	03.03.2025	31.12.2027	Die Arbeiten zur Umsetzung der Anliegen wurden initiiert.
186-2024 M	Die-Mitte (Roggli, Rüschegg Heubach) vom 02.09.2024 Pilotprojekt E-Voting-Programm: Der Kanton Bern am Start	03.06.2025 Annahme als Postulat	31.12.2027	Im März 2025 publizierte der Regierungsrat eine Studie zur Wiedereinführung von E-Voting. Über die Einführung von E-Voting oder von E-Collecting wird zu einem späteren Zeitpunkt und unter Berücksichtigung der Entwicklungen auf nationaler Ebene entschieden. Jedoch wird in einem ersten Schritt ein kantonales Stimmregister und damit eine notwendige Grundlage für die Digitalisierung politischer Rechte geschaffen.
216-2024 M	Bühlmann (Bern, GRÜNE) vom 11.09.2024 Koordination der Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung aufgleisen	03.06.2025 Annahme als Postulat	31.12.2027	Die Prüfung wurde initiiert.
099-2025 M	Schori (Wiler bei Seedorf, SVP) vom 02.06.2025 Subsidiäre Finanzierung des Archivs für Agrargeschichte: zugesicherte Bundesbeiträge nicht gefährden	01.09.2025	31.12.2027	Der Regierungsrat wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2026 mit der entsprechenden Ergänzung der Archivierungsverordnung befasst.
037-2025 M	Weber Hadorn (Ostermundigen, SP) vom 10.03.2025 Chancengleichheit sowie bessere soziale und politische Teilhabe für gehörlose und hörbehinderte Menschen (Richtlinienmotion)	24.11.2025 Annahme als Postulat	31.12.2027	Die entsprechenden Prüfungen wurden initiiert
039-2025 P	Remund (Mittelhäusern, GRÜNE) vom 10.03.2025 Wie resilient ist die Demokratie im Kanton Bern?	24.11.2025	31.12.2027	Die Arbeiten zur Umsetzung des Anliegens wurden initiiert
076-2025 M	Heyer (Perrefitte, FDP) vom 24.04.2025 Regierungsstatthalterwahlen – Regelung einer absurden Situation	24.11.2025 Annahme als Postulat	31.12.2027	Die Arbeiten zur Umsetzung der Anliegen wurden initiiert.

5. Planungserklärungen

In der folgenden Tabelle wird über den Stand der Umsetzung von Planungserklärungen Bericht erstattet (Status: In Bearbeitung / Erledigt).
Bei verschiedenen Planungserklärungen mit demselben Titel (gleiches Geschäft) Spalte (Punkt X) ausfüllen (Titel, Datum leer lassen)

STAATSKANZLEI (STA)					
Titel	Datum	Erklärung	Kurzbeschreibung /zusammengefasst) des Gegenstandes	Bearbeitungsstand (zusammengefasst)	Status
Jahresbericht des Regierungsrates an den Grossen Rat über die Aussenbeziehungen des Kantons Bern 2016	20.03.2017		Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen, Mes-serli: Bei der Entwicklung weiterer Projekte mit der Präfektur Nara berücksichtigt der Regierungsrat, dass sich daraus auch für den Kanton Bern ein direkter Nutzen ergibt.	Die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton Bern und der Präfektur Nara lief auch 2025 weiter. Die Berner Fachhochschule (BFH) und das Nara Institute of Science and Technology (NAIST) unterzeichneten anlässlich des Besuchs von Gouverneur Yamashita zur Begehung des zehnjährigen Jubiläums des Freundschaftsabkommens im Berner Rathaus ein Memorandum of Understanding (MoU) vor. Die beiden Hochschulen wollen im Bereich der alternden Gesellschaft zusammenarbeiten. Thema ist der Einsatz von Künstlicher Intelligenz bei altersbedingten Erkrankungen, namentlich bei Demenz.	In Bearbeitung
Regulierungs-Checkliste	03.06.2018	2.	Der Regierungsrat evaluiert die Anwendung der Regulierungs-Checkliste nach Ablauf von 3 Jahren seit deren Inkraftsetzung und erstattet dem Grossen Rat in geeigneter Form Bericht.	Der Grosse Rat wurde in der Wintersession 2025 mit einem Bericht zur Evaluation der Regulierungs-Checkliste befasst.	Erledigt.
2024.STA.195 Übersicht und Überprüfung der Fachkommissionen	06.06.2024	1	Der Regierungsrat stellt sicher, dass die Gesamtübersicht über die Fachkommissionen jährlich aktualisiert wird.	Daueraufgabe	In Bearbeitung
		2	Der Regierungsrat stellt sicher, dass er die Liste der Fachkommissionen periodisch nach einheitlichen Kriterien hinsichtlich Wirkung, Notwendigkeit, Aufgaben und Zusammensetzung überprüft.	Daueraufgabe	In Bearbeitung
		3	Bei Kommission mit ähnlichem Tätigkeitsgebiet ist periodisch zu prüfen, durch Zusammenschluss bestehender Kommissionen und Einsitznahme von Personen mit dem erforderlichen Fachwissen in so "vereinigten" Gremien Synergien zu nutzen und Kosten zu reduzieren.	Daueraufgabe	In Bearbeitung
		4	Der Regierungsrat präzisiert im Gesetz die wichtigsten Grundsätze, die für alle Fachkommissionen gelten sollen: Dazu gehören namentlich Regelungen zur Überprüfung, zur Einsetzung und Aufhebung einer Kommission, zur Entschädigung, zum Wahlverfahren und zur Stellung des Sekretariats.	Der Regierungsrat verabschiedete an seiner Sitzung vom 12. November 2025 eine entsprechende Änderung des Organisationsgesetzes zuhanden des Grossen Rates.	Erledigt.
		5	Der Regierungsrat oder die Direktion, in deren Aufgabenbereich eine Fachkommission aufgehoben wird, berichtet der zuständigen grossrätlichen Kommission spätestens drei Jahre nach Aufhebung der Fachkommission über die Folgen der Aufhebung.	Daueraufgabe	In Bearbeitung
		6	Der Regierungsrat oder die Direktion, in deren Aufgabenbereich eine Fachkommission aufgehoben wird, zeigt in geeigneter	Daueraufgabe	In Bearbeitung

			ter Weise spätestens drei Jahre nach Aufhebung der Fachkommission auf, wie zukünftig das externe Fachwissen genutzt werden kann bzw. wird.		
2023.STA.511 Umsetzung der strategischen Ziele und der Vision 2030 (Richtlinien der Regierungspolitik 2023-2026)	06.06.2024	Ziel 5	Entwicklungsstrategie (Optimierung Bewilligungsverfahren): Zu diesem definierten Ziel fehlen gänzlich Informationen zum Stand der Dinge im Bericht. Der nächstjährige Bericht ist entsprechend zu ergänzen.	Die Berichterstattung 2024 ist auf diesen Entwicklungsschwerpunkt eingegangen, der Grosse Rat hat den Bericht in der Sommersession 2025 beraten.	Erledigt.
2024.STA.320 Freiwilliger Verzicht auf die Zustellung von Wahl- und Abstimmungsinformationmaterial in Papierform	02.09.2024	1	Eine Verzichtsmöglichkeit soll im Rahmen der Agenda Digitale Verwaltung Schweiz analog E-Voting für Bund und Kantone weiterverfolgt werden.	Die Arbeiten wurden aufgenommen.	In Bearbeitung
		2	Es ist ein stehendes harmonisiertes Stimmregister zu schaffen	Im März 2025 publiziert der Regierungsrat eine Studie zur Wiedereinführung von E-Voting. Über die Einführung von E-Voting oder von E-Collecting wird zu einem späteren Zeitpunkt und unter Berücksichtigung der Entwicklungen auf nationaler Ebene entschieden. Jedoch wird in einem ersten Schritt ein kantonales Stimmregister und damit eine notwendige Grundlage für die Digitalisierung politischer Rechte geschaffen.	In Bearbeitung
		3	Wenn ein stehendes harmonisiertes Stimmregister erstellt wird, ist dieses so auszugestalten, dass der An- und Abmeldeprozess für einen Verzicht auf die Zustellung des Wahl- und Abstimmungsinformationmaterial in Papierform darüber möglich ist.	Die entsprechenden Arbeiten wurden aufgenommen.	In Bearbeitung
		4	Wenn die Möglichkeit für einen Verzicht auf das Wahl- und Abstimmungsinformationmaterial in Papierform geschaffen wird, muss denjenigen Stimmberechtigten, die von der Verzichtsmöglichkeit Gebrauch machen, eine digitale Möglichkeit für den Zugang zum Wahl- und Abstimmungsinformationmaterial bereitgestellt werden.	Die entsprechenden Arbeiten wurden aufgenommen.	In Bearbeitung
2024.STA.233 Einführung von E-Collecting. Bericht in Erfüllung von Ziffer 2 und 3 des Postulats 173-2020 von Arx (Spiegel b. Bern, glp) sowie des Postulats 131-2021 Zimmerli (Bern, FDP)	02.09.2024	1	Es ist ein stehendes harmonisiertes Stimmregister zu schaffen	Im März 2025 publiziert der Regierungsrat eine Studie zur Wiedereinführung von E-Voting. Über die Einführung von E-Voting oder von E-Collecting wird zu einem späteren Zeitpunkt und unter Berücksichtigung der Entwicklungen auf nationaler Ebene entschieden. Jedoch wird in einem ersten Schritt ein kantonales Stimmregister und damit eine notwendige Grundlage für die Digitalisierung politischer Rechte geschaffen.	In Bearbeitung
		2	E-Collecting soll in Zusammenarbeit mit der Digitalen Verwaltung Schweiz weiterverfolgt werden.	Die entsprechenden Arbeiten wurden aufgenommen.	In Bearbeitung
2021.STA.644 Teilprojekt 2 des Projekts Avenir Berne romande: «Hin zu einer modernen, zugänglichen und effizienten französischsprachigen Verwaltung»	FS 2023, 06.06.2023	1	Der Regierungsrat wird aufgefordert, bei einer neuerlichen Prüfung des Projekts «Avenir Berne romande» an der vorgesehenen Neuorganisation mit konsistenten Kompetenzzentren festzuhalten, um dem Prinzip der Konzentration nach Regionen gerecht zu werden. Die im ursprünglichen Projekt vorgesehene räumliche Neuordnung der kantonalen Verwaltungseinheiten, der Justiz- und Sicherheitsinstitutionen sowie der Bildungseinrichtungen der Sekundarstufe II nach Kompetenzzentren soll beibehalten werden.	Die Reorganisation im Berner Jura findet in 8 Kompetenzzentren statt. Der Grosse Rat hat jedoch in der Wintersession 2024 auf Antrag der Deputation beschlossen, auf den Bau eines Justiz- und Polizeizentrums in Reconvilier zu verzichten. Dieses Kompetenzzentrum soll konsistent zwischen Tavannes und Loveresse aufgeteilt werden. Für die provisorischen Lösungen müssen teilweise andere Standorte (in Reconvilier, Biel und Sonceboz) genutzt werden.	In Bearbeitung

		2	Der Regierungsrat wird beauftragt, das ABR-Projekt mit dem Ziel umzusetzen, die Jurafrage zu beenden und dabei qualitativ hochwertige Arbeitsplätze und Dienstleistungen für die Bevölkerung und die Gemeinden, die sich für den Verbleib im Kanton Bern entschieden haben, zu erhalten.	Die Verabschiedung des Moutier-Konkordats durch die Stimmberechtigten beider Kantone beendet die Jurafrage. Die laufende Neuorganisation im Rahmen des Projekts «Avenir Berne romande» hat zum Ziel, Arbeitsstellen und Dienstleistungen im Berner Jura zu erhalten. Trotzdem mussten provisorische Lösungen in Biel gefunden werden, insbesondere für die Justiz.	In Bearbeitung
		3	Sollte der Regierungsrat gezwungen sein, die durch die Umsetzung des Projekts «Avenir Berne romande» verursachten Infrastrukturkosten zu reduzieren, wird er beauftragt, die ihm auferlegten Einsparungen primär im Bereich der provisorischen Vorhaben zu realisieren, ohne die Organisation der Kompetenzzentren in Frage zu stellen.	Der Grosse Rat hat in der Wintersession 2024 auf Antrag der Deputation beschlossen, den Bau eines Justiz- und Polizeizentrums in Reconville nicht um zehn Jahre zu verschieben, sondern vollständig auf das neue Gebäude in Reconville zu verzichten. Dieses Kompetenzzentrum soll konsistent zwischen Tavannes und Loveresse aufgeteilt werden. Bei einigen Provisorien wurden Einsparungen gefordert. Die Berufsschule ceff wird bis Juli 2027 in Moutier bleiben und erst dann nach Biel umziehen.	In Bearbeitung
		4	Der kantonale Flächenstandard für Büroräume von 14,5 m ² pro Vollzeitstelle für Verwaltungsbüroflächen wird im Rahmen von «Avenir Berne romande» eingehalten, insbesondere bei den neuen Gebäuden. Der Kanton richtet in Gebäuden, die ihm gehören, allenfalls frei gebliebene Räume entsprechend ein, um sie zu ortsüblichen Preisen vermieten zu können.	Der kantonale Flächenstandard wird bei der Planung der Arbeiten für die neuen Räumlichkeiten angewendet. Das neue Verwaltungszentrum in Tavannes Machines wird optimal und gemäss Flächenstandard für Büroräume eingesetzt.	Erledigt
Richtlinien der Regierungspolitik 2023-2026: Weiteres Vorgehen	FS 2023 06.06.2023	Ziel 2	Der Kanton Bern begleitet aktiv das Projekt E-Voting. Nach positivem Evaluationsergebnis im Jahr 2023 nimmt der Kanton das Projekt E-Voting wieder auf.	Im März 2025 publiziert der Regierungsrat eine Studie zur Wiedereinführung von E-Voting. Über die Einführung von E-Voting oder von E-Collecting wird zu einem späteren Zeitpunkt und unter Berücksichtigung der Entwicklungen auf nationaler Ebene entschieden. Jedoch wird in einem ersten Schritt ein kantonales Stimmregister und damit eine notwendige Grundlage für die Digitalisierung politischer Rechte geschaffen.	In Bearbeitung

6. Auflagen Kreditgeschäfte

In der folgenden Tabelle wird über den Stand der Umsetzung von Auflagen zu Kreditgeschäften Bericht erstattet (Status: In Bearbeitung / Erledigt).

STAATSKANZLEI (STA)				
Titel (Geschäft)	Session	Auflage	Bearbeitungsstand (zusammengefasst)	Status
Geschäftsstelle Digitale Verwaltung: Ausgabenbewilligung für die Finanzierung der Agenda Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)	Winter 2023	Der Regierungsrat informiert die zuständigen Kommissionen SAK und FiKo jährlich über – die Zielerreichung der Projekte, – den jeweils aktuellen Planungsstand der Agenda DVS und – die Mittelverwendung	Die erste Berichterstattung an die SAK und die FiKo erfolgte im ersten Halbjahr 2025.	In Bearbeitung